

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: [www.roderich-kiesewetter.de](http://www.roderich-kiesewetter.de)

Wahlkreisbüro:  
Beinstraße 44  
73430 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
[roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de](mailto:roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de)  
<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>  
<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



# Kiesewetter kompakt 03/2013

## Bildung und Forschung bleiben Schwerpunkte der Unionspolitik / Persönliche Notizen

Johanna Wanka vereidigt – Annette Schavan mit neuem parlamentarischem Betätigungsfeld

Der Wechsel im Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung ist Anlass, Annette Schavan für ihre herausragenden Leistungen als Ministerin in Baden-Württemberg und im Bund zu danken. Deutschland und seine Bildungs- und Forschungslandschaft haben ihr viel zu verdanken. Mit Annette Schavan verliert unser Land eine engagierte, stets im Dienst der Sache stehende Ministerin, die dem Bundestag und der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg zum Glück erhalten bleibt. Die von ihr durchgesetzten Mittelsteigerungen im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) betonen den Stellenwert, den die christlich-liberale Koalition diesem wichtigen Politikfeld beimisst.

In der ersten Landesgruppensitzung nach ihrem Rücktritt am 9. Februar würdigte in dieser Woche der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, ihre herausragende Arbeit, aber auch die Art und Weise, wie sie zusammen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel den Rücktritt vom Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung vollzogen habe. Die Mitglieder der Landesgruppe zollten ihr für diese Entscheidung sehr viel Respekt und sicherten ihr für ihr weiteres politisches Engagement volle Unterstützung zu. Neben ihrem Wahlkreis Ulm,

in dem sie erst Ende Januar mit einem sehr überzeugenden Ergebnis wieder als Kandidatin für den Deutschen Bundestag nominiert wurde, wird sich ihr parlamentarisches Engagement zukünftig auf die Arbeit im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erstrecken. Hier wird sie ihrem Landesgruppenkollegen Klaus Riegert nachfolgen. Anlässlich der Vereidigung ihrer Nachfolgerin, Johanna Wanka, an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag nahm Annette Schavan die Würdigung durch den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert mit einem Lächeln entgegen. Bei der feierlichen Zeremonie bedankte sich Lammert unter großem Beifall der Abgeordneten für ihre langjährige Arbeit und betonte: „Annette Schavan hat sich durch ihre Amtsführung in Politik wie in Wissenschaft Respekt und Anerkennung erworben.“

Mit Frau Prof. Dr. Johanna Wanka tritt eine profilierte Bildungs- und Wissenschaftspolitikerin in das Bundeskabinett ein. Die Bürgerrechtlerin, die 1989 das Neue Forum in Merseburg mitbegründete, hat als Professorin, Rektorin, Landesministerin und als Präsidentin der Kultusministerkonferenz erfolgreich in der Wissenschaft und für die Wissenschaft gearbeitet. Die 61-jährige Mathematikerin hatte bereits zuvor angekündigt, Annette Schavans Kurs in der Bil-

dungs- und Forschungspolitik treu zu bleiben. Sie werde sich dafür einsetzen, dass die Priorität für Bildung und Forschung erhalten bleibe. Um die Bildungs- und Forschungspolitik ist es gut bestellt. Deutschland verfügt 2013 über den stärksten Bildungs- und Forschungshaushalt und steht auch international als dynamisches Hochtechnologieland hervorragend da. Die erfolgreiche Bildungs- und Forschungspolitik ist eine wesentliche Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – die christlich-liberale Koalition wird weiter mit großem Nachdruck für die Verstärkung dieser Politik und ihrer Finanzierung eintreten.

Dass es in der Bildungspolitik nicht nur um die internationale Konkurrenz um Zukunftstechnologien geht, zeigt der Nationale Bildungsbericht 2012 der Bundesregierung, der an diesem Freitag im Plenum debattiert wurde und der in diesem Jahr ganz im Zeichen der kulturellen Bildung steht. Selbst wenn der Bund nur wenige Zuständigkeiten im Bereich der Bildungspolitik besitzt, so versteht er es doch, feine und dabei deutliche Akzente zu setzen. Die kulturelle Bildung ist ein unverzichtbarer Anteil der Persönlichkeitsbildung. In allen Bereichen der Bevölkerung und allen Lebensphasen besteht ein großes Interesse daran. Der diesjährige Bildungsbericht legt umfangreiches und verlässliches Zahlenmaterial dazu vor und zeigt unter anderem auf, wie sich das 2012 gestartete Programm des BMBF zur Förderung non-formaler Bildungseinrichtungen, also etwa in Jugendzentren, Musikschulen und Vereinen, auf lokaler Ebene auswirkt. Am Beispiel der kulturellen Bildung wird nachgewiesen, dass sich die Politik der christlich-liberalen Koalition an den Bedürfnissen der Menschen in Deutschland orientiert und gerade im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik hervorragende Ergebnisse aufzuweisen hat.

### **Regierungserklärung zum EU-Haushalt**

An diesem Donnerstag gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar in Brüssel ab. Darin verteidigte sie die Beschlüsse zum EU-Haushalt. Der in Brüssel gefundene 960-Milliarden-Euro-Kompromiss könne sich "sehen lassen", befand die Bundes-

kanzlerin. Der Finanzrahmen ermögliche mehr Wettbewerb sowie eine nachhaltige Stabilisierung des Euro, sagte Merkel. Mit ihm werde ein klares Signal gesendet, dass Europa wieder auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung setze, dabei aber nicht die Stabilität des Euro aus dem Auge verliere. Der Haushalt trage den Realitäten Rechnung. Es wäre niemandem zu vermitteln gewesen, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa selbst nicht, sagte sie. Neben Kürzungen im Agrarbereich und bei den Fördermitteln für strukturschwache Regionen seien aber auch Investitionen in die Zukunft vorgesehen.

Dabei nannte sie die aufgestockten Mittel für Erasmus-Programme zum Studentenaustausch sowie für den Ausbau von Transport- und Energienetzen. Hintergrund: Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich im Rahmen des Sondergipfels am 7./8. Februar 2013 auf einen Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (EU) geeinigt. Damit ist das Fundament gelegt für die Beratungen darüber, welche Mittel der EU in den Jahren 2014 bis 2020 zur Verfügung stehen sollen. Die gewachsene wirtschaftliche Kraft Deutschlands führt auf der einen Seite zu einer moderaten Erhöhung der deutschen Nettozahlungen und zu einer Reduzierung der Rückflüsse. Auf der anderen Seite steht allerdings die wichtige Botschaft, dass erstmals eine Kürzung der Ausgabenobergrenzen im Vergleich zum aktuellen Finanzrahmen vereinbart worden ist. Wenn die Mitgliedstaaten konsolidieren müssen, können die Ausgaben der EU nicht in den Himmel wachsen. Für das Inkrafttreten des nunmehr vorgelegten neuen Finanzrahmens ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

### **Bundeswehr in Mali**

Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss für einen erweiterten Bundeswehreinsatz in Mali hat sich am Mittwoch bereits der Bundestag erstmals mit dem Thema befasst. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière warb an diesem Mittwoch um Unterstützung für zwei Mandate, die der Deutsche Bundestag bereits in der kommenden Woche beschließen soll. De Maizière räumte ein, dass der Einsatz für die deutschen Soldaten Gefahren berge. „Ich will

darüber keinerlei Illusionen verbreiten“, betonte der Minister. Die militärische Intervention sei zudem erst der Beginn auf dem „Weg zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts in Mali“. Dennoch betonte de Maizière, dass die Entscheidung der Bundesregierung „gut überlegt“ sei. „Sie ist eindeutig, sie ist international abgestimmt und sie ist verantwortbar“, fügte er hinzu. Hintergrund: Beim ersten Mandat geht es um die Beteiligung Deutschlands an einer EU-Ausbildungsmission für die malische Armee, im zweiten um die Unterstützung des französisch-afrikanischen Einsatzes in Mali mit Transport- und Tankflugzeugen. Zum Transport französischer und afrikanischer Einheiten sind bereits drei Transall-Flugzeuge der Bundeswehr im Einsatz. Das Mandat sieht bis zu 150 deutsche Soldaten für die Transportflugzeuge und für die Luftbetankung französischer Kampffjets vor. Die seit Januar laufende militärische Nothilfe Frankreichs hat bereits verhindert, dass das gesamte Land in die Hände islamistischer Extremisten fiel. Die Menschen in den Städten im Norden des Landes wurden von der Terrorherrschaft der Islamisten befreit.

Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits im Dezember ein internationales Eingreifen mit allen erforderlichen Maßnahmen abgesegnet, um die territoriale Integrität Malis wiederherzustellen. Langfristig muss die malische Regierung in die Lage versetzt werden, die Nordhälfte des Landes eigenständig zu kontrollieren. Hierfür will die EU die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee verbessern. Deutschland übernimmt die Aufgabe der sanitätsdienstlichen und Pionierausbildung. Zunächst sollen voraussichtlich 40 Spezialisten für die Pionierausbildung sowie 40 Ärzte und Sanitäter entsandt werden, die ein Feldlazarett betreiben. Das Bundestagsmandat sieht eine Obergrenze von bis zu 180 deutschen Soldaten vor. Die christlich-liberale Koalition befürwortet beide Mandate. Denn bei einer weiteren Schwächung der staatlichen Autorität droht Mali zu einem Rückzugsort für islamistische Terrorgruppen und zu einem Umschlagplatz für den illegalen Handel mit Menschen, Waffen und Drogen zu werden. Eine solche Entwicklung gefährdet auch die Sicherheit Deutschlands und Europas. Entscheidend für die Stabilisierung Malis ist der politische Pro-

zess. Eine rein militärische Lösung kann es nicht geben.

### Zitat:

«Es wäre niemandem in Europa vermittelbar gewesen, wenn alle in Europa sparen müssen, nur Europa selbst nicht.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Donnerstag in ihrer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates)

## Persönliche Notizen

### 1. Wahlkreis und Land

Der wichtigste Termin der letzten Tage war die Unterzeichnung des Breitband-Vertrages für Aalen und seine Teilorte. Die Deutsche Telekom wird in Aalen das „schnelle Internet“ flächendeckend ausbauen. Als einer der Initiatoren des Projekts freut mich das natürlich besonders. In vielen Briefen und Gesprächen mit der Deutschen Telekom hatte ich für das Projekt geworben. Ausdrücklich möchte ich den Einsatz von Oberbürgermeister Martin Gerlach loben, der frühzeitig die Wichtigkeit der Breitband-Initiative erkannt hat.

Ein Höhepunkt meiner Wahlkreistermine waren die wie immer sehr gut besuchten Veranstaltungen am Aschermittwoch. Die CDU Baden-Württemberg hatte volles Haus in Fellbach mit über 2.500 begeisterten Anhängern. In Nattheim und Aalen war es nicht weniger stimmungsvoll. Toll war auch der gemeinsame Mittagstisch der MIT Heidenheim am Folgetag. Beim Bürgergespräch Dischingen diskutierte ich über bezahlbare Energie, sowie die Sorgen über die grün-rote Verschuldungs-, Bildungs- und Sozialpolitik. Um ähnliche Themen ging es auch bei der sehr gut organisierten Hauptversammlung der CDU Unterkochen.

Viel los war wieder auf dem Kreisbauerntag Heidenheim mit Präsident Heidl. Hier habe ich gern ein Grußwort gehalten und viele gute Gespräche geführt. Auch in diesem Jahr besuchte ich wieder als Mitglied den Kinderschutzbund Aalen, mit der Firma arcoss, die Babybadetücher gespendet hat.

## Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten - Kurznachrichten

In zwei Podiumsdiskussionen in Heidenheim und Ellwangen diskutierte ich mit vielen hochinteressierten Mitmenschen das Pflegeneuordnungsgesetz beim DGB (Vereinbarkeit Pflege und Beruf) sowie bei den Wirtschaftsjuvenen mit Green Energy, EnBW, Varta (alles Sponsoren für den Stiftungslehrstuhl Erneuerbare Energien an der Hochschule Aalen) über die Energiewende.

Ein schöner Erfolg war der Erhalt des berufsvorbereitenden Bildungsprogramms des Kolpingbildungswerks Ellwangen, dessen Pate ich bin. Hier hat die Agentur für Arbeit ein Programm für zu fördernde Jugendliche um weiteres Jahr verlängert.

Zwei Antrittsbesuche standen auf dem Programm, bei der neuen Führung der Agentur für Arbeit in Aalen und bei den Frauenbeauftragten des Ostalbkreises zum Thema „Gewalt gegen Frauen“, hier ist das vorbildliche Aalener Modell zu loben. Spannend war auch eine Podiumsdiskussion am Buigen-Gymnasium Herbrechtingen mit Schülerinnen und Schülern verschiedener Schularten. Viel berechtigte Sorgen hörte ich mir im Gespräch mit Herrn Raitel zur Sicherheit des KKW Gundremmingen an. In den letzten beiden Wo-chen setzte ich meine Firmenbesuche fort, bei denen ich mich u.a. bei der Firma Hachtel und der Firma Franke über die Auswirkungen der Energiewende informierte.

Auch der Sport, unabhängig von meinem persönlichen Ausdauersport, kam nicht zu kurz, ich war beim 1. FCH im Spiel gegen Preußen Münster und beim VfR Aalen gegen Hertha BSC wie auch bei der Eröffnung der traditionsreichen Heidenheimer Fechtertage, die heuer ihr 60 jähriges Jubiläum feiern.

Mit meiner Frau verbrachte ich einen Superfachsingsabend bei den RÖSeNa in Röhlingen, der Abend wird uns lange in fröhlicher Erinnerung bleiben.

### 2. Berlin

In dieser Sitzungswoche habe ich meine 45. und 46. Rede gehalten. Am 21. Februar redete ich im Bundestag zur Regierungserklärung unserer Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des Euro-

päischen Rates. Schwerpunktthema dabei: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Der aktuelle Einsatz in Mali zeigt wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen ist. Ich lobte auch das bewundernswerte Engagement von Angela Merkel, die mit großer Ausdauer für unser Land auf internationaler Ebene verhandelt. In meiner zweiten Rede ging es um nukleare Abrüstungsfragen.

In der Landesgruppe Baden-Württemberg diskutierten wir aus aktuellem Anlass sehr lange zu Stuttgart 21. Unsere Partei steht weiter zu diesem wichtigen Großprojekt. Damit ein Weiterbau reibungslos gelingt, müssen sich Bahn, die Führung der Stadt Stuttgart und die Landesregierung dringend zusammensetzen um die drohenden Kostensteigerungen wenn möglich zu verhindern. Am 25. Februar wird der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Bahn AG Rüdiger Grube den Ostalbkreis besuchen. Aufgrund der aktuellen Diskussion um mögliche Mehrkosten beim Projekt Stuttgart 21 habe ich in einem Brief für ein klares Bekenntnis zum Großprojekt geworben.

Besonders beeindruckt hat mich die gemeinsame Dienstreise mit einer kleinen Delegation unter Leitung von Bundestagspräsident Norbert Lammert. Vom 10. bis zum 13. Februar 2013 besuchten wir Algerien und Marokko. Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Vorsitzender der Deutschen Delegation der Parlamentarischen Versammlung Union für den Mittelmeerraum begleitete ich den Bundestagspräsidenten auf der Reise. Nordafrika bleibt durch die geographische Nähe zu Europa eine wichtige Region für die deutsche Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Ich werde mich weiter für eine friedliche und wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung dort einsetzen.

Beste Grüße und auch nochmal eine herzliche Einladung zu den 2. Königsbronner Gesprächen, die am 2. März ab 11 Uhr stattfinden (Infos anbei).

